

INFO

3 | 2016

SKP

Thema

Urbane Sicherheit



Liebe Leserin, lieber Leser



SKP

Das Ziel städtischer Polizeiarbeit ist seit jeher das Erhalten und Herstellen von Sicherheit im urbanen Raum; eine komplexe Aufgabe und

eine ständige Herausforderung. Dies zeigen die schweren Gewalttaten der jüngsten Vergangenheit in Nizza und München, die aufgrund der Bevölkerungsdichte nicht zufällig in Städten verübt wurden.

Die Polizei bereitet sich in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern – andere Behörden und Private – auf solche Ereignisse vor. Einerseits sollen sie verhindert, andererseits müssen sie professionell bewältigt werden, damit die Bevölkerung so wenig Schaden wie möglich nimmt. Trotzdem gilt es zu akzeptieren, dass absolute Sicherheit in einer freien, demokratischen Gesellschaft nicht erreicht werden kann, auch nicht durch eine massive Einschränkung der individuellen Freiheitsrechte. Prävention hingegen ermöglicht die Sicherheit bedeutend zu verbessern, ohne die Freiheitsrechte einschränken zu müssen.

Es besteht viel Handlungsspielraum, um die Sicherheit im urbanen Raum zu verbessern. Die SKP stellt in dieser Ausgabe des «SKP Info» Massnahmen vor, die sie zur Verbesserung der Koordination im Bereich Urbane Sicherheit umsetzen wird.

Die vorliegende Ausgabe stellt zudem die Arbeit dreier Akteure vor, die sich im Bereich Urbane Sicherheit engagieren und der Konfliktvielfalt im städtischen Raum mit innovativen und interdisziplinären Ansätzen begegnen.

Martin Boess
Geschäftsleiter SKP

Kriminalprävention und Urbane Sicherheit

Damit Schweizer Städte sicher sind und sich ihre Bewohnerinnen und Bewohner sicher fühlen

Dass sich ein Teil der kriminalpräventiven Bemühungen besonders auf Städte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner fokussiert, ist weder für die SKP noch für ihre polizeilichen Partner in den kantonalen und städtischen Polizeikorps neu. Wo sich viele Menschen aufhalten, kann auch viel passieren.

Aufgrund aktueller Entwicklungen, wie zum Beispiel der steigenden Einwohnerzahl in Schweizer Städten, und möglicher Entwicklungen, wie zum Beispiel der Zunahme an Unsicherheitsgefühlen in der Bevölkerung, ist ein verstärktes kriminalpräventives Engagement in den Städten notwendig. Urbane Sicherheit soll erhalten und wo notwendig, verstärkt werden. Die SKP hat im Auftrag ihrer Leitungskommission einen Katalog von Massnahmen erarbeitet, die sie teilweise selbst, teilweise in Zusammenarbeit mit ihren Partnern überprüfen und umsetzen will.

Laut Bundesamt für Statistik (BFS) lebten in der Schweiz im Jahr 2014 beinahe 7 Millionen Menschen in städti-

schen Gebieten.¹ Nicht nur die fünf grössten Städte (Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich) sind in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gewachsen, sondern auch ihre Agglomerationen. Inzwischen lebt mehr als ein Drittel der Bevölkerung in einer dieser fünf Städte und deren Agglomerationen, währendem nur noch knapp 1,3 der über 8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in ländlichen Gebieten leben. Mit der Urbanisierung der Schweiz nehmen sowohl die Herausforderungen im städtischen Umfeld als auch die Zahl der Akteure zu, die sich mit deren Bewältigung auseinandersetzen. Es handelt sich bei den Herausforderungen um ein breites Themenspektrum, das beispielsweise Littering und Betteln, kriminelle Handlungen, die Sicherheit im Strassenverkehr, aber auch den Umgang mit Naturkatastrophen und Infektionskrankheiten sowie die Folgen von Migration und demografischen Veränderungen umfasst.

Die Autorin

Simona Materni ist Projektleiterin bei der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP) und für die Umsetzung der Massnahmen zuständig. sm@skppsc.ch

¹ Bundesamt für Statistik: www.bfs.admin.ch → Themen → 01 - Bevölkerung → Bevölkerungsstand und -struktur → Indikatoren → Räumliche Verteilung → Agglomerationen



Jacob Lund/Shutterstock.com

Städte verzeichnen mehr Straftaten als ländliche Gebiete.

Auftrag an die SKP und Ziele des Projekts

Die SKP wurde 2015 von ihrer Leitungskommission beauftragt, sich mit den kriminalpräventiven Aspekten der zunehmenden Urbanisierung auseinanderzusetzen und dabei besonders die Angehörigen der städtischen und kantonalen Polizeikorps in ihrer Präventionsarbeit zu unterstützen. Die SKP will mit ihrer Arbeit zu einem gemeinsamen Verständnis der zu bewältigenden Herausforderungen im Bereich des städtischen Umfelds beitragen, Lösungsansätze präsentieren und diese teils eigenständig, teils in Zusammenarbeit mit Partnern umsetzen. Eine Auswahl an geplanten Massnahmen wird im Kapitel «Was kann die SKP sowohl eigenständig als auch in Zusammenarbeit mit ihren Partnern zur Erhaltung und Verbesserung von urbaner Sicherheit in der Schweiz leisten?» auf Seite 7 vorgestellt.

Weshalb ist Kriminalprävention in Städten von besonderer Bedeutung?

Städte sind Dreh- und Angelpunkt im Alltag vieler Bewohnerinnen und Be-

wohner der Schweiz. Sie sind die Orte, in denen viele von uns arbeiten, ausgebildet wurden, sich gesundheitlich versorgen lassen, einkaufen, Sport treiben, Freunde treffen und wohnen. Diese Konzentration von Menschen im städtischen Umfeld geht – wenig überraschend – mit zahlreichen Herausforderungen einher. Die Strom- und Trinkwasserversorgung, der Schutz vor naturbedingten Katastrophen wie Hochwasser und Unwetter, aber auch das Bereitstellen und Instandhalten der Verkehrsinfrastruktur gehören dazu. Die SKP möchte auf drei zentrale Charakteristiken von Städten hinweisen, die in engem Bezug zur Kriminalprävention stehen.

1. Städte verzeichnen mehr Straftaten als ländliche Gebiete.

Die ländlichen Kantone Appenzell Innerrhoden und Appenzell Aargau erfassten im Jahr 2014 weniger als 40 Straftaten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.² In den Städten Zürich und Bern wurden im gleichen Jahr mehr als drei Mal so viele Straftaten,

nämlich 124 bzw. 139 Straftaten pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner verübt.

2. Städte sind Zentren der sozialen Interaktion und Zufluchtsorte in der 24-Stunden-Gesellschaft.

Städte sind Orte, in denen Menschen, zum Beispiel im Rahmen politischer Kundgebungen, in Massen für ihre Werte einstehen und/oder ein gemeinsames Interesse verfolgen. Solche Veranstaltungen bergen ein Konfliktpotenzial und stellen bisweilen ein Sicherheitsrisiko für die Teilnehmenden und die Bevölkerung dar. Nebst politischen, sportlichen und kulturellen Veranstaltungen zu Tageszeiten bieten kleinere und grössere Städte inzwischen zahlreiche Möglichkeiten im Bereich des Nachtlebens, die auch von der Bevölkerung der umliegenden Dörfer genutzt werden und mit negativen Konsequenzen verbunden sind (z.B. Littering und Ruhestörung). Ganz allgemein leben wir heute dank der zunehmenden Mobilität (z.B. Nachtbusse), liberalisierter Öffnungszeiten von Clubs, Bars und Ähnlichem sowie aufgrund

² Polizeiliche Kriminalstatistik PKS 2014, S. 17

von mehr Freizeit in einer 24-Stunden-Gesellschaft, in der Bedürfnisse nach Unterhaltung, Nahrung und Transport rund um die Uhr erfüllt werden können.

3. Städte sind Orte der Vielfalt. Die Bevölkerung in Städten weist eine grosse Heterogenität auf. Sie unterscheidet sich im Hinblick auf Alter, Bildungsgrad, finanzielle Möglichkeiten und kulturellem Hintergrund. Sie hat unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das Leben gelebt werden und das Zusammenleben in einer Gesellschaft funktionieren soll. Die geringere soziale Kontrolle und die grössere Anonymität machen Städten zu Laboren und zu einem Anziehungspunkt für Menschen, die sich vom «Mainstream» abgrenzen und mit unterschiedlichen Lebensstilen experimentieren wollen. Städte sind aber auch Zufluchtsorte von Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben. Sie beherbergen diese Vielfalt an Menschen auf engem Raum, sodass aufgrund dieser Verdichtung Nutzungs- und Interessenskonflikte zwischen den unterschiedlichen Individuen und Gruppen im öffentlichen Raum entstehen.

Weshalb sollten die Schweizer Städte in Zukunft vermehrt in den Fokus kriminalpräventiver Bemühungen rücken?

Dass es in Städten Probleme gibt, die in ländlichen Gebieten seltener vorkommen hängt mit deren Gelegenheitsstruktur zusammen. Dass eben diese städtetypischen Probleme in den Fokus von kriminalpräventiven Bemühungen rücken sollten, hat fünf Gründe.

Immer mehr Menschen leben in Schweizer Städten. Das BFS geht davon aus, dass im Jahr 2030 9,5 Millionen Menschen in der Schweiz leben. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von knapp 16%. Mit der Zunahme der ständigen Wohnbevölkerung nimmt,

wie bereits erwähnt, die Anzahl der Menschen, die in urbanen Räumen lebt, weiter zu.³

Die zunehmende Urbanisierung ist ein internationales Phänomen und rückt deshalb auch in den Fokus von internationalen Organisationen, wie beispielsweise des *International Centre for the Prevention of Crime ICPC*. Für die ICPC ist die Urbanisierung – nebst den Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft und der mangelnden Funktionsfähigkeit von staatlichen Behörden und Institutionen – eine der drei Haupterklärungsvariablen für Kriminalität.

International Centre for the Prevention of Crime: <http://www.crime-prevention-intl.org>

Die Anzahl Delikte in den Schweizer Städten könnte zunehmen. Weil in Zukunft mehr Menschen in der Schweiz leben und die Städte dadurch wachsen, ist davon auszugehen, dass auch mehr Delikte im städtischen Umfeld zu verzeichnen sein werden. Es gibt mehr Menschen, die kriminelle Handlungen verüben können. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Kriminalitätsrate pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner steigt. Es ist jedoch anzunehmen, dass die absolute Zahl krimineller Handlungen in den Städten und in der Schweiz insgesamt zunehmen wird.

Die Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung könnte sich vergrössern. Laut eines Berichts des Center for Security Studies der ETH Zürich und der Militärakademie der ETH Zürich schätzten Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Jahr 2015 die weltpolitische Lage in den kommenden fünf Jahren insgesamt signifikant «düsterer und gespannter»

[55%, +14%] als im Vorjahr ein.⁴ Die Entwicklung geht mit einem gleichbleibenden Sicherheitsgefühl einher: 91% (+1%) der Befragten fühlten sich sicher, wobei sich 29% (-3%) «sehr» bzw. 62% (+4%) «eher» sicher fühlten.

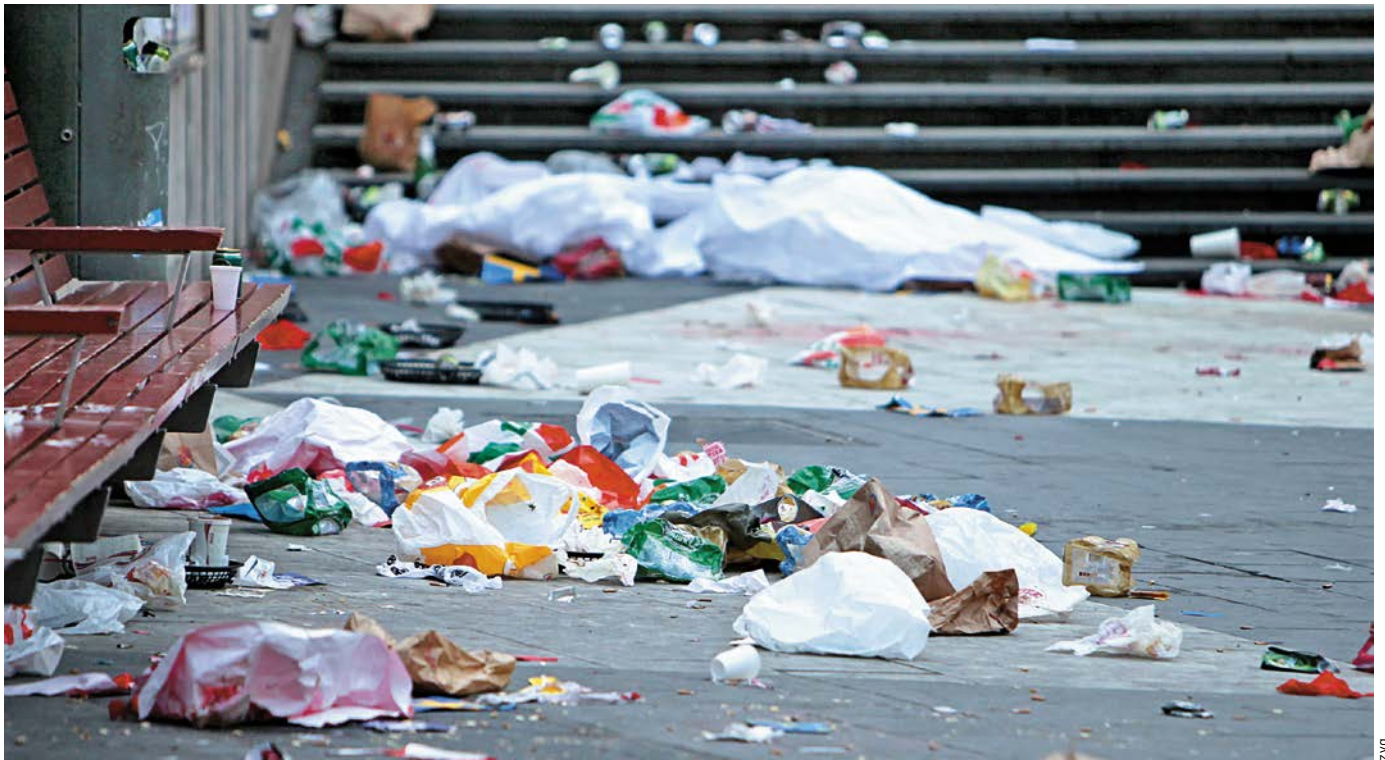
Die Autoren des Berichts weisen darauf hin, dass das Sicherheitsempfinden gegenüber Einzelereignissen relativ stabil ist, jedoch persönliche Merkmale das individuelle Sicherheitsgefühl beeinflussen: Frauen, politisch rechts orientierte Personen, ältere Menschen und Personen mit niedrigem Bildungsstand fühlen sich signifikant weniger sicher als Männer, politisch links orientierte Personen, Junge und Personen mit hohem Bildungsstand. Obwohl es keine detaillierte aktuelle Erhebung zum Thema «Kriminalitätsfurcht» gibt, ist anzunehmen, dass aufgrund des Alterns der «Babyboomer» (Jahrgänge 1946 bis 1963) der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in der Schweiz steigt und folglich die Kriminalitätsfurcht zunimmt.

Es gibt wirkungsvolle Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in den Städten. Internationale, europäische und auch schweizerische Organisationen und Akteure haben erkannt, dass städtische Zentren im Bereich Sicherheit mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind und bereits umfangreiche Forschung über die Erfolgsaussichten unterschiedlicher Massnahmen betrieben. Diverse Schweizer Akteure sind im Bereich Urbane Sicherheit engagiert. Der Schweizerische Städteverband führte im Jahr 2012 mit 33 Städten und Gemeinden eine Studie zu aktuellen Sicherheitsaspekten, zukünftigen Herausforderungen im Sicherheitsbereich und möglichen Handlungsoptionen und Strategien durch.⁵ Der SKP sind zudem zahlreiche Good-Practice-Beispiele

3 Bundesamt für Raumentwicklung: www.are.admin.ch → Raumentwicklung & Raumplanung → Grundlagen und Daten → Fakten und Zahlen → Räumliche Bevölkerungsverteilung

4 «Sicherheit 2015, Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend», Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger (Hrsg.) www.css.ethz.ch/publications/sicherheit.html

5 «Sichere Schweizer Städte 2025: Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen. Schlussbericht – Mai 2013» http://staedteverband.ch/cmsfiles/Schlussbericht_SSS2025_1.pdf



Die Bewältigung der negativen Konsequenzen von Grossveranstaltungen gehört auch zu den Aufgaben der Schweizer Städte.

bekannt, bei denen Angehörige der Polizei und/oder der Verwaltung mit verschiedenen Massnahmen kleinere und grössere Probleme der urbanen Sicherheit erfolgreich gemeistert haben. Ihre Erfahrungen und Ideen sollten anderen Städten und Gemeinden unbedingt zur Verfügung gestellt werden.

Es fehlt eine nationale Strategie sowie eine nationale Koordinationsstelle im Bereich Urbane Sicherheit. Viele Städte kämpfen mit den gleichen Herausforderungen, wenn es um urbane Sicherheit geht. In Zukunft werden diese Herausforderungen zunehmen. Dennoch gibt es derzeit keine nationale Strategie zur Schaffung und/oder Erhaltung von Sicherheit im städtischen Umfeld. Obwohl international und national die Bedeutung des Themas erkannt wurde, fehlt es bis anhin an einer nationalen Stelle oder Institution, die sich der Kriminalprävention in Schweizer Städten annehmen könnte und/oder annehmen will bzw. die grundlegenden Vorarbeiten des Schweizerischen Städteverbands weiterverfolgt.

Wodurch zeichnet sich ein sicheres urbanes Umfeld aus bzw. was ist urbane Sicherheit?

Damit aktuelle Probleme sowie zukünftige Herausforderungen im kriminalpräventiven Bereich Urbane Sicherheit möglichst koordiniert, effizient und effektiv angegangen werden können, ist es wichtig, dass die SKP darlegt, wie sie «Urbane Sicherheit» definiert: **Urbane Sicherheit ist im Idealfall das objektive beziehungsweise tatsächliche Fehlen von Bedrohungen im städtischen Umfeld sowie die subjektive Wahrnehmung, dass das städtische Umfeld sicher ist.** Eine geringe (oder im Idealfall nicht bestehende) Bedrohung für Menschen im städtischen Umfeld ist u.a. das Resultat eines Bündels von präventiven und repressiven Massnahmen (u.a. politischer, gesetzgeberischer und städtebaulicher Art). Die Umsetzung dieser Massnahmen hat wiederum, gemeinsam mit anderen Faktoren, einen Einfluss auf die subjektive Wahrnehmung der urbanen Sicherheitslage durch die Bevölkerung.

Diese Begriffsdefinition vereint zwei vorherrschende Traditionen zur Förderung von Sicherheit. Einerseits handelt es sich dabei um Bemühungen, mittels städtebaulichen Massnahmen (bspw. Beleuchtung) Kriminalität und Unsicherheit vorzubeugen.⁶ Andererseits sind dies Massnahmen, die darauf abzielen, das Zusammenleben der städtischen Bevölkerung so zu gestalten, dass ein friedliches Miteinander gefördert wird. Dazu gehören beispielsweise die Förderung von Quartiervereinen und die Schaffung von Freizeitangeboten für von Armut betroffene Kinder. Die SKP ist der Ansicht, dass beide Bemühungen notwendig sind, um urbane Sicherheit zu erhalten und zu fördern.

In Anlehnung an die Studie des Schweizerischen Städteverbandes «Sichere Schweizer Städte 2025» hat die SKP neun Voraussetzungen abgeleitet, die einen Idealzustand von urbaner Sicherheit näher beschreiben und wovon drei einen engen Bezug zur Kriminalprävention aufweisen.

⁶ Diese Bemühungen werden unter dem Begriff *Crime Prevention through Environmental Design CPTED* zusammengefasst.



Stefano Ember/Shutterstock.com

Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, müssen die städtischen Polizeikorps auf zahlreiche Szenarien vorbereitet sein.

1. Die Benutzung des öffentlichen Raums ist durch ein friedliches und respektvolles Miteinander geprägt.
2. Es kommt kaum zu kriminellen Handlungen und wenn doch, werden sie in Bezug auf ihre Häufigkeit, ihren angerichteten Schaden und ihre Konsequenzen adäquat wahrgenommen sowie polizeilich verfolgt und justiziell geahndet.
3. Es gibt keine schweren Gewaltverbrechen oder Terroranschläge.
4. Es gibt ein professionelles Management von Menschenmassen, sowohl im Alltag und bei geplanten Veranstaltungen als auch bei spontanen Ansammlungen.
5. Es gibt ein professionelles Vorgehen beim Ausbruch von Epidemien und Pandemien sowie bei Unfällen, die viele Menschen in Mitleidenschaft ziehen.
6. Unabhängig vom Verkehrsmittel besteht grosse Sicherheit in der Fortbewegung. Wenn es dennoch zu Unfällen kommt, werden diese in Bezug auf ihre Häufigkeit, ihren angerichteten Schaden und ihre Konsequenzen

adäquat wahrgenommen sowie die Verursacher ggf. polizeilich verfolgt und ihre Taten justiziell geahndet.

7. Die Kommunikation- und Informationsstruktur sowie die Stromversorgung sind intakt. Für den Fall, dass es doch zu einem Zwischenfall kommt (z.B. Grossbrand), sind die wesentlichen Akteure und Institutionen vorbereitet.
8. Menschen in der Stadt sind vor Naturgefahren geschützt. Wenn es doch zu einem Ereignis kommt (z.B. Hochwasser), sind die wesentlichen Akteure und Institutionen vorbereitet.
9. Menschen in der Stadt leben in einer intakten, natürlichen Umgebung. Bei der Gefährdung dieser Umgebung (z.B. bei der Verringerung der Wasser- oder Luftqualität) werden frühzeitig adäquate Massnahmen eingeleitet.

Folgende drei Erkenntnisse lassen sich aus den neun Voraussetzungen ableiten:

Erstens betreffen, wie bereits erwähnt, nur die oben aufgeführten Bedingungen 1, 2 und 3 eigentliche Themen der Kriminalprävention. Nichtsdestotrotz

betreffen alle neun Bedingungen die Arbeit der Polizei. Wenn nämlich Gefahrensituationen, wie sie in den Bedingungen 4 bis 9 angedeutet oder beschrieben sind, für die Bevölkerung bestehen, also beim Ausbruch von Epidemien, beim Zusammenbruch des Stromnetzes, bei grossen Unwettern oder zum Beispiel bei übermässiger Schadstoffbelastung der Luft, sind Polizeikräfte im Einsatz.

Zweitens kann urbane Sicherheit nur bestehen, wenn die Menschen in einer Stadt ihre Sicherheitslage korrekt einschätzen. Wenn eine Stadt beispielsweise kaum kriminelle Vorkommnisse verzeichnet, aber in der Bevölkerung grosse Unsicherheit und Kriminalitätsfurcht vorherrschen, besteht keine urbane Sicherheit. Urbane Sicherheit bedingt deshalb notwendigerweise eine sehr gute Sicherheitslage kombiniert mit einer geringen Kriminalitätsfurcht.

Drittens kann Sicherheit immer nur angestrebt, aber niemals vollständig erreicht werden. Es ist wichtig, anzumerken, dass urbane Sicherheit auch dann bestehen kann, wenn Menschen in der Stadt bestimmten Bedrohungen ausgesetzt sind. Naturkatastrophen

können niemals ausgeschlossen werden, aber der Umgang mit ihnen kann mehr oder weniger professionell sein. Bei der Bestimmung, ob urbane Sicherheit gegeben ist oder nicht, ist es deshalb sehr relevant, wie auf die Folgen von nicht oder kaum zu eliminierenden Bedrohungen reagiert wird.

Was kann die SKP sowohl eigenständig als auch in Zusammenarbeit mit ihren Partnern zur Erhaltung und Verbesserung von urbaner Sicherheit leisten?

Die SKP hat sich im Vorfeld der Erarbeitung von Massnahmen mit verschiedenen Fachpersonen ausgetauscht und drei Kategorien von Massnahmen gebildet:

1. Massnahmen, welche die SKP im Rahmen von einem oder mehreren Projekte(n) umsetzen wird.
2. Massnahmen, deren Zweckmässigkeit von der SKP in einem ersten Schritt überprüft und in einem zweiten Schritt allenfalls von ihr oder einem anderen Akteur umgesetzt werden könnten.
3. Massnahmen, welche die SKP nicht selbst umsetzen kann, aber für deren Umsetzung sie bei den entsprechenden Entscheidungsträgerinnen und -trägern Lobbying betreibt bzw. die entsprechende Bevölkerungsgruppen sensibilisieren wird.

Die SKP will keine nationale Kampagne zum Thema Urbane Sicherheit durchführen, sondern schlägt die Umsetzung mehrerer Projekte vor. Sie erachtet dies als sinnvoll, weil urbane Sicherheit ein ausserordentlich facettenreiches und vielfältiges Thema ist und die SKP den Auftrag hat, primär vor allem kriminalpräventive Strategien für die kantonalen und die städtischen Polizeikörper zu entwickeln. Die vorgeschlagenen Massnahmen sehen deshalb nur die Auseinandersetzung mit Aspekten

und Themen vor, die einen Bezug zur Kriminalprävention aufweisen. Auf (möglicherweise) unerwünschtes, aber dennoch legales Verhalten wie zum Beispiel Spucken oder Vordrängeln gehen die postulierten Massnahmen deshalb nicht ein. Nichtsdestotrotz soll die allgemeine Verbesserung des sozialen Miteinanders und die Förderung des Dialogs zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen bei allen vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Urbane Sicherheit mitgedacht werden.

Zur Umsetzung geplante Massnahmen (Auswahl)

Austausch zwischen Sicherheitsverantwortlichen institutionalisieren

Die SKP bemängelt, dass es bisher an einem institutionalisierten Austausch zwischen den Sicherheitsfachleuten in der städtischen Verwaltung, den Polizeikörpern und den politischen Verantwortlichen fehlt, bei dem die Beteiligten ein gemeinsames Verständnis von urbaner Sicherheit gewinnen könnten. Des Weiteren mangelt es an Gelegenheiten, sich in regelmässigen Abständen mit anderen Städten über sicherheitsrelevante Themen auszutauschen. Zusätzlich bestehen aufgrund von Gesetzesänderungen bei den Stadtverwaltungen teilweise Unklarheiten über die Verantwortlichkeiten im Sicherheitsbereich.⁷ Im Rahmen ihrer Plattformaktivitäten wird die SKP deshalb zur Beseitigung von Unklarheiten und Missverständnissen, zur Bekanntmachung neuester Entwicklungen und Erkenntnissen sowie zum Aufbau eines Netzwerks einmal jährlich eine Veranstaltung organisieren. Zielpublikum dieser Veranstaltungen sind Expertinnen und Experten der urbanen Sicherheit, die sich bereits heute mit der Umsetzung von Massnahmen befassen sowie am Thema Interessierte.

Die SKP plant diesen Anlass mit relevanten Akteuren und Organisationen (Schweizerischer Städteverband, Schweizerische Vereinigung städtischer Polizeichefs u.a.) zu koordinieren.

Bei der polizeilichen Aus- und Weiterbildung mitarbeiten

Die SKP will sich in der Aus- und Weiterbildung der Angehörigen der Polizei im Bereich Urbane Sicherheit engagieren und weiterhin an den Planungssitzungen des Kurses «Urbane Sicherheit» des Schweizerischen Polizei-Instituts (SPI) teilnehmen.⁸ In diesem Kurs setzen sich die Teilnehmenden mit besonderen Herausforderungen im städtischen Bereich (bspw. Grossveranstaltungen) auseinander und lernen die Anwendung von spezifischen Instrumenten (wie Checklisten und Ablaufschemata). Die SKP wird das Einstiegsreferat halten und je nach Möglichkeit und Bedarf einen finanziellen Beitrag leisten und/oder die Projektgruppe bei der Erarbeitung von Kursunterlagen unterstützen.

Wissenschaftliche Befunde über Kriminalitätsfurcht leicht zugänglich machen

Weil urbane Sicherheit nicht nur die Abwesenheit von tatsächlichen Gefährdungen bedingt, sondern auch das Gefühl, sicher zu sein, will sich die SKP vermehrt dem Thema Kriminalitätsfurcht annehmen. Sie will überprüfen, mit welchen Massnahmen das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung verstärkt werden kann und wissenschaftliche Befunde über die Kriminalitätsfurcht und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung sammeln und den Angehörigen der Polizei in kompakter Form zugänglich machen, damit Präventionsfachleute diese Erkenntnisse in ihrer Präventionsarbeit berücksichtigen können.

⁷ Dieser Hinweis stammt aus der SSV-Studie «Sichere Schweizer Städte 2025»

⁸ Der Kurs findet im Frühjahr 2017 statt. Kursdirektor ist Ueli Caluori, Polizeikommandant Stadtpolizei Chur.



Kundgebungen und Demonstrationen aller Art finden in der Regel in Städten statt.

Zu prüfende Massnahmen (Auswahl)

Videoüberwachung einführen und ausbauen

Die SKP will überprüfen, welche Erkenntnisse bereits darüber bestehen, inwiefern Videoüberwachung ein geeignetes Mittel zur Kriminalprävention bzw. zur Förderung und zum Erhalt von urbaner Sicherheit ist. Des Weiteren wird sie sich einen Überblick über die technischen Möglichkeiten und die gesetzlichen Rahmenbedingungen verschaffen.

Wegweisungsartikel einführen und durchsetzen

Die SKP will überprüfen, ob bereits Erkenntnisse darüber bestehen, ob ein Wegweisungsartikel eine geeignetes Mittel ist, die Sicherheit in öffentlichen und halböffentlichen Räumen zu steigern und kriminelle Handlungen zu verringern.

Ausbildungsangebot für Angehörige der Polizei, für Mitarbeitende der SIP, Pinto usw. sowie der privaten Sicherheitsdienste im Bereich Kriminalprävention und Kriminalitätsfurcht

Die SKP will in Erfahrung bringen, ob und wie die Themen Kriminalprävention und Kriminalitätsfurcht in den genannten Ausbildungsangeboten behandelt

werden und prüfen, ob die SKP ggf. einen Beitrag zur Verbesserung der entsprechenden Ausbildungsteile leisten kann.

Massnahmen, die Dritten zur Umsetzung empfohlen werden (Auswahl)

Sicheres und konfliktfreies Zusammenleben im öffentlichen Raum fördern

Die SKP will Good-Practice-Beispiele, die das sichere und ruhige Zusammenleben im öffentlichen Raum fördern, bekannt machen. Dies können beispielsweise Massnahmen zur Quartierbelebung oder Kooperationen mit den Betreibern von Klubs und Bars sein. Des Weiteren will die SKP auf ihrer Webseite Forschungseinrichtungen, Angebote (z. B. Sicherheitsberatungen der Polizei, SPI-Kurse) und Partner im Bereich Urbane Sicherheit vorstellen. Zur Förderung eines sicheren und konfliktfreien Zusammenlebens im öffentlichen Raum will die SKP auch über Projekte informieren, die der Bevölkerung oder bestimmten Gruppen aufzeigen, wie sie durch ihre Verhaltensweisen eine Viktimisierung im öffentlichen Raum verringern und Zivilcourage zeigen kann.

Prävention von Jugendgewalt fördern

Die SKP engagiert sich seit vielen Jahren in der Prävention von Jugendgewalt und ist gut vernetzt. Sie will auch in

Zukunft über Good-Practice-Beispiele zur Beschäftigung und Förderung von Jugendlichen im städtischen Umfeld berichten. Dazu gehören beispielsweise Massnahmen gegen Drogen- oder übermässigen Alkoholkonsum, die Errichtung von sinnvollen Freizeitangeboten, der Einsatz von Jugendpolizistinnen und Jugendpolizisten sowie der Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit.

Die SKP übernahm im Frühjahr 2016 das Netzwerk der kantonalen und kommunalen Verantwortlichen für Jugend und Gewalt sowie die Webseite *jugend-undgewalt.ch* des entsprechenden nationalen Programms.

Literatur und Links

«Sichere Schweizer Städte 2025 – Gefährdungen, Strategien, Handlungsoptionen»

http://staedteverband.ch/cmsfiles/Schlussbericht_SSS2025_1.pdf

«Methods and Tools for a Strategic Approach to Urban Security»

<https://efus.eu/en/resources/publications/efus/11191/>
(auch auf D, F, I erhältlich)

«Police-population relations: challenges, local practices and recommendations»

<https://efus.eu/en/topics/responses/police/efus/10688/>
(auch auf D, F, I erhältlich)

Sichere Schweizer Städte – im Interesse des ganzen Landes

Die allgemeine Sicherheitslage – sowohl in Europa als auch in der Schweiz – ist unberechenbarer geworden. Neue Bedrohungen entstehen in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und 24-Stunden-Gesellschaft immer schneller, teilweise sogar überraschend.

Dass die Schweizer Städte insgesamt jedoch sehr sicher sind und die Zahl der Straftaten sogar eine leicht sinkende Tendenz aufweist, ist umso erfreulicher und nicht zuletzt auf die proaktive und lösungsorientierte Arbeitsweise der städtischen Behörden zurückzuführen (vgl. Bundesamt für Statistik, Polizeiliche Kriminalstatistik PKS). Bedenkt man, dass fast drei Viertel der Bevölkerung in der Schweiz in Städten und Agglomerationen leben, wird deutlich, dass die urbane Sicherheit im Interesse des ganzen Landes liegt. Bund und Kantone sind daher aufgefordert, die Städte konsequent in ihre Entscheide einzubeziehen und sie in ihren Bestrebungen angemessen zu unterstützen.

Die Schweizer Städte sind so attraktiv wie nie zuvor. Nicht nur als Wohn-, Arbeits-, Bildungs-, Kultur- und Freizeit-

orte, sondern auch als Orte, in denen das Unterhaltungs- und Nachtleben sowie (Sport)Grossveranstaltungen und politische Kundgebungen stattfinden. Sicherheit ist dabei ein zentraler Faktor geworden, der die urbane Lebensqualität massgeblich beeinflusst. Die Gewährleistung der Sicherheit ist dadurch zu einer Daueraufgabe für die städtischen Behörden geworden.

Die allgemeine urbane Sicherheitslage hat zudem einen direkten Einfluss auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohnerinnen und Bewohner in den Schweizer Städten. Dieses wurde einmal mehr im Rahmen der nationalen Sicherheitsbefragung untersucht, die von Strafrechtsprofessor Martin Killias im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) regelmässig durchgeführt wird. Dabei zeigte sich, dass das Sicherheitsgefühl in Schweizer Städten wiederum zugenommen hat: 85,3 Prozent aller Befragten fühlen sich auch nach Einbruch der Dunkelheit alleine auf der Strasse sicher. Dieser Wert hat seit seiner erstmaligen Erfassung im Jahr 2000 stetig zugenommen (vgl. www.kkpks.ch).

Durch ihre Nähe zur Bevölkerung sind die städtischen Behörden doppelt gefordert: Zum einen treten brennende gesellschaftliche Fragen fast immer zuerst auf der lokalen Ebene auf und gleichzeitig sind die Städte die erste Anlaufstelle für betroffene und be-

sorgte Bürgerinnen und Bürger. Urbane Sicherheit bedeutet also, proaktiv auf neue Probleme und Herausforderungen zu reagieren und möglichst zeitnah die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen, um ein Problem einzudämmen. Das gelingt den Städten auch viel pragmatischer und direkter als den übergeordneten Ebenen wie den Kantonen oder dem Bund. Nichtsdestotrotz lässt sich Sicherheit in den Schweizer Städten, und folglich im ganzen Land, nur im Verbund aller Akteure und mit ausreichend Mitteln, auch finanziellen, gewährleisten. Bundespolitische und kantonale Entscheide drohen jedoch immer wieder den finanziellen Spielraum und den Handlungsfreiraum der Städte zu beschränken. Genau dort setzt die Arbeit des Schweizerischen Städteverbandes an.

Die Stimme der urbanen Schweiz

Seit 1897 gibt der Städteverband der urbanen Schweiz eine Stimme und bringt ihre Anliegen in alle Phasen des politischen Entscheidungsprozesses ein, informiert die Öffentlichkeit über die urbane Schweiz und bietet eine Plattform für den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung unter den Mitgliedern. So auch in der Sicherheitspolitik.

Bei unserer sicherheitspolitischen Arbeit gehen wir von einem umfassenden Sicherheitsverständnis aus; denn urbane Sicherheit bedarf weit mehr als nur polizeilicher Massnahmen. Vielmehr stellt sich uns dabei eine gesamtgesellschaftliche Frage über Werte und Glauben, Integration, Prävention, Bildung, Chancengleichheit und sozialen Zusammenhalt.

Sicherheit ist als Querschnittaufgabe zu verstehen, die über den Kernbereich polizeilicher Sicherheit hinausgeht und repressive mit präventiven Massnahmen koordiniert. Dazu bezieht sie auch Akteure aus den Bereichen Schule, Bildung, Soziales und Integration mit ein und geht Fragen rund um Quartier- und Stadtentwicklung nach; denn lebendige Quartiere mit einer gut

Die Autorin

Renate Amstutz,

Wirtschaftswissenschaftlerin/lic. rer. pol., ist seit 2008 Direktorin des Schweizerischen Städteverbandes. Zuvor war sie im Marketing in der Privatwirtschaft, in verschiedenen Funktionen bei den SBB sowie als Generalsekretärin der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern tätig.



durchmischten Nutzung, attraktiven Aussenräumen und sorgfältiger Gestaltung sind ein wesentliches Element zur Förderung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung.

Antworten im Verbund

Die Teilnahme an Vernehmlassungen, Anhörungen und Umfragen von Bundesrat, Parlament und Verwaltung bildet einen wichtigen Teil der politischen Interessenwahrung zugunsten der Städte und städtischen Gemeinden. Um den sicherheitspolitischen Positionen des Städteverbandes dabei die nötige Kraft zu verleihen, arbeiten wir eng mit der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) zusammen und stellen auch die Vernetzung mit unseren zahlreichen anderen Unterorganisationen sicher, wie beispielsweise in den Bereichen Bildung, Sozialpolitik oder Öffentlicher Raum.

Die KSSD ist ein Zusammenschluss der für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständigen Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen und ist als Sektion dem Städteverband angegliedert. Sie stellt auf städtischer Ebene das Pendant zur Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) dar.

Darüber hinaus sind wir bestrebt, die Beziehungen und den Austausch mit anderen relevanten Akteuren in der städtischen Sicherheitspolitik zu pflegen. Denn eine erfolgreiche Vertretung urbaner Sicherheitsinteressen gelingt am besten, wenn wir unsere Kräfte bündeln.

Ein Beispiel dafür stellt die Totalrevision des Alkoholgesetzes dar: Dieses für die städtische Sicherheit wichtige Dossier hat den Städteverband in den letzten sechs Jahren intensiv beschäftigt. Obwohl die Eidgenössischen Räte in der Wintersession 2015 die Abschreibung der Vorlage beschlossen haben, hat es sich gelohnt, dass sich der Städteverband, gemeinsam mit der KSSD und weiteren Partnern, dafür eingesetzt hat, eine wirkungsvolle Alkoholpolitik mit rechtlichen Grundlagen mitzugestalten, zu der Testkäufe

genauso gehören wie die Möglichkeit, bei Bedarf Alkoholverbotzonen einzuführen. Denn genau diese Überlegungen sollen nun im Rahmen einer zweiten Teilrevision des Alkoholgesetzes mitberücksichtigt werden, wie Bundesrat Ueli Maurer im April 2016 mitteilte.

Themen so vielfältig wie die Schweiz als Ganzes

Die urbane Schweiz sieht sich immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert, welche die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen könnten. So hat sich der Städteverband in den letzten Jahren mit so unterschiedlichen sicherheitspolitisch relevanten Themen wie der organisierten Bettelerei, Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen oder auch dem städtischen Nachtleben beschäftigt.

Zur Bearbeitung dieser aktuellen Themen setzt der Städteverband jeweils Arbeitsgruppen ein. Sie bestehen aus Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden aus den Schweizer Städten, aber auch aus Partnern auf Stufe Bund und Kantone sowie aus der Zivilgesellschaft. Die Arbeitsgruppen haben zum Zweck, den Erfahrungsaustausch zu fördern, Lösungsansätze zu erarbeiten, die dazu benötigten Kompetenzen zu definieren und allenfalls auf- und/oder auszubauen.

Im Falle der organisierten Bettelerei hat der Städteverband, zusammen mit der Stadt Bern und der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel des Bundes (KSMM), ein Massnahmenpaket erarbeitet, um die Behörden für die Problematik zu sensibilisieren und gegen den Menschenhandel mit Minderjährigen ein breit abgestütztes und koordiniertes Vorgehen zu erreichen (vgl. www.staedteverband.ch).

Zum städtischen Nachtleben hat der Städteverband ebenfalls eine ständige Arbeitsgruppe eingesetzt, die ihre Überlegungen im Frühjahr 2013 in einem Bericht veröffentlichte (vgl. www.staedteverband.ch). Zudem orga-

nisierte der Verband im September 2013 eine vielbeachtete Nachtung in Zürich – also eine Tagung, die in der Nacht stattfand –, die den Teilnehmenden die Möglichkeit bot, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder thematisierten Aspekte des Nachtlebens einmal live zu erleben. Seither tauschen sich die rund ein Dutzend Städte der Arbeitsgruppe regelmässig aus und gewinnen so stets neue Erkenntnisse aus den Erfahrungen anderer Städte mit ihren Instrumentarien.

Urbane Sicherheit im Wandel

Im Jahr 2012 lancierte der Städteverband das Projekt «Sichere Schweizer Städte 2025» (vgl. www.staedteverband.ch). Gemeinsam mit der Firma Ernst Basler + Partner, und unter der Beteiligung von 33 Städten und Gemeinden, entstand eine umfassende Studie zu den künftigen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der urbanen Sicherheit. So wurden unter anderem Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, Risse in der Gesellschaft, die wachsende Technologieabhängigkeit, die mögliche Ausbreitung von Pandemien oder klimatische Veränderungen als künftige Herausforderungen eruiert.

Betrachtet man heute, im Jahr 2016, die damalige Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage der urbanen Schweiz, zeigt sich eindrücklich, wie schnell sich die Gefährdungslage in einer Stadt verändern kann. Eine mögliche Hitzewelle wurde damals als knapp relevant eingestuft. Nur drei Jahre später fand der Hitzesommer 2015 statt. Und die potenzielle Gefährdung durch Terror schaffte es damals nicht in die Tabelle. Nach den tragischen Ereignissen in Paris, Istanbul und Brüssel würde die Beurteilung heute sicher anders ausfallen. Ein Raster, wie es für die Studie «Sichere Schweizer Städte 2025» erstellt wurde, bleibt dazu als Instrument wertvoll.

Die den Städten und der urbanen Gesellschaft inhärente Dynamik kann

Gefährdungsart	2012				2025			
	GKS	MKS	KKS	AG	GKS	MKS	KKS	AG
Littering	B	B	B	B	B	B	B	B
Alkoholmissbrauch in der Öffentlichkeit	B	B	B	B	B	B	B	B
Jugendgewalt, Gewalt an Schulen	B	B	B	B	B	B	B	B
Häusliche Gewalt	B	B	B	C	B	B	B	B
Sachbeschädigungen (Vandalismus)	C	B	C	C	B	B	B	B
Stromausfall	C	C	C	C	B	B	B	B
Körperverletzungsdelikte	B	B	C	C	B	B	C	C
Einbruchsdiebstahl	C	C	D	B	C	C	C	B
Vermögensdelikte (alle Arten von Diebstahl, Raub)	C	C	C	C	C	C	C	C
Drohungen/Nötigungen (auch gegen Beamte, Behörden)	D	D	D	D	C	C	C	C
Ruhestörungen	C	B	D	D	B	B	C	D
Belästigungen (z.B. Pöbeleien, «Schnorrer»)	D	D	E	E	C	C	D	D
Gewalt bei (Sport-)Veranstaltungen	C	C	D		C	C	D	E
Fussgängerunfälle	C	D	D	D	C	D	D	D
Velounfälle	C	D	D	D	C	D	D	D
Verstösse gegen das Reglement/Verordnung über die Benutzung des öffentlichen Grundes	D	E	D	E	C	D	D	D
Illegales Entsorgen von Abfällen und Sonderabfällen	D	D	D	D	D	D	D	D
Tötungsdelikte	D	D	D	D	D	D	D	D
Betäubungsmitteldelikte, Drogenhandel und Beschaffungskriminalität	D	D	D	D	D	D	D	D
Sexualdelikte	D	D	D	E	D	D	D	D
Epidemien/Pandemien	D	E	D	D	D	D	D	D
Ausfall Informations- und Kommunikationsinfrastruktur					D	D	D	D
Gewaltsame Demonstrationen	C	D	D		C	D	D	
Verstösse gegen Wegweisungsparagrafen	E	E	E		D	D	D	E
Betrug an Geldautomaten	B	C	C		D	E	D	E
Konsum illegaler Drogen in der Öffentlichkeit	D	D	E	D	D	D	E	D
Freizeit- und Sportunfälle	C		C		D	E	E	E
Innere Unruhen, Ausschreitungen im öffentlichen Raum	E	E			E	D	E	E
Autounfälle	D	D	D	D	E	E	E	E
Verstösse gegen die Hundeverordnung	D	E	D	E	E	E	E	E
Amoklauf	E	E	E	E	E	E	E	E
Zu widerhandlung gegen das Waffengesetz	E	E	E	E	E	E	E	E
Personenunfälle im Bahnverkehr (Suizid)	E	E	E	E	E	E	E	E
Hochwasser	E	E	E	E	E	E	E	E
Überflutungen (Starkregen, Flutwellen)	E	E	E	E	E	E	E	E
Unfälle bei der Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs	E	E	E		E	E	E	E
Schneefälle (extrem), Schneesturm, Eisregen	E	E	E		E	E	E	E
Massenverbreitung invasiver gesundheitsschädigender Arten	E	E	E		E	E	E	E
Hitzewelle					E	E	E	E
Lärm auf Grund von Veranstaltungen		D		E	E	D	E	E
Strassenprostitution	C	E	E		D	E		
Sabotage	E				E			
Bombendrohung	E				E			
Zugunfälle				E				E

Die Gefährdungen wurden nach Städtecluster erhoben: grosse Kernstädte (GKS), mittlere Kernstädte (MKS), kleine Kernstädte (KKS) und Agglomerationsgemeinden (AG). Für die Einschätzung der Relevanz wurden gemäss dem Alphabet Klassen von A (höchste Relevanz) bis I (tiefste Relevanz) eingeführt. Gefährdungen der Klassen A bis E gelten für die Studie als relevant und wurden weiterverfolgt; Einschätzungen der Klasse F bis I wurden als nicht-relevant für Schweizer Städte fallengelassen. Gemäss der angewendeten Methodik ist keine Gefährdung der Klasse A zuzuordnen.

also die aktuelle Sicherheitslage rasant verändern, und so auch die damit verbundenen Herausforderungen. Für die Gewährleistung der Sicherheit in Schweizer Städten ist somit eine ständige Lagebeurteilung unerlässlich. Gleichzeitig braucht es unkomplizierte, jedoch institutionalisierte Prozesse innerhalb der städtischen Behörden, aber auch einen regelmässigen Erfahrungsaustausch mit den relevanten Partnern, damit rasch auf neu auftretende Gefahren reagiert werden kann.

Brennpunkte frühzeitig erkennen und thematisieren

Der Städteverband steht den Städten unterstützend zur Seite und thematisiert neue Brennpunkte frühzeitig, damit innert nützlicher Frist entsprechende Massnahmen getroffen und Kompetenzen aufgebaut werden können. 2012 führten wir hierfür eine eigene Politmonitoring-Datenbank namens «Curiacité» ein, die sich als wertvolle Informationsquelle zu städterelevanten Bundesgeschäften etabliert hat. Darüber hinaus erstellen wir täglich eine Presseschau. Mithilfe dieser beiden

Instrumente können aktuelle und politische Schwerpunktthemen frühzeitig erkannt und aktiv bearbeitet werden.

Zum anderen sind wir, wie die vorher aufgeführten Beispiele zeigen, stets bestrebt, den Erfahrungsaustausch zwischen unseren Mitgliedern, aber auch mit unseren Partnern auf Stufe Bund und Kantone sowie in der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zu fördern.

Erst kürzlich, am 23. Juni 2016, organisierte der Städteverband gemeinsam mit der Stadt Bern eine nationale Tagung zum Thema «Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus», an der rund 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen und gemeinsam über die zahlreichen Herausforderungen sowie über bewährte und neue Strategien und Lösungsansätze diskutierten.

Es war uns dabei ein besonderes Anliegen, alle Formen von gewalttätigem Extremismus anzusprechen und nicht nur auf den Jihadismus zu fokussieren. Denn auch nicht religiös motivierte Radikalisierungsformen können die Werte und die Freiheit der Bevölkerung in der Schweiz gefährden, wie

beispielsweise Ausschreitungen bei politischen Demonstrationen oder Sportveranstaltungen.

Damit wollten wir nicht in Alarmismus verfallen, sondern ein Thema aufgreifen, das die Städte aktuell stark beschäftigt, und Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch bieten. Und dies nicht nur zwischen den Städten, sondern auch zwischen Städten, Kantonen und Bund sowie den verschiedenen privaten Akteuren. Denn Sicherheit lässt sich nur im Verbund aller Partner gewährleisten.

Der Städteverband wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Städte konsequent in übergeordnete sicherheitspolitische Entscheide einbezogen werden. Das Verständnis für die Bedürfnisse und vor allem auch den wichtigen Beitrag der kommunalen Ebene ist in den letzten Jahren zwar gewachsen, es besteht aber noch immer Verbesserungspotenzial. Wir werden den städtischen Anliegen also weiterhin eine starke Stimme verleihen, damit sie politisch gehört werden.

Weitere Informationen:
www.staedteverband.ch (siehe unter *Dokumentation* die Rubriken *Berichte* und *Tagungen*)
www.kssd.ch

Urbane Sicherheit: Städte helfen Städten

Seit fast 30 Jahren unterstützt das Europäische Forum für urbane Sicherheit (EFUS) die lokalen Politikerinnen und Politiker sowie Behörden bei der Konzeption und der Umsetzung ihrer kriminalpräventiven Politik bzw. Massnahmen durch Zusammenarbeit und Wissens- und Erfahrungsaustausch.

Die Gemeindebehörden repräsentieren jene politische Ebene, die den Bürgerinnen und Bürger am nächsten steht.

Sie spielen daher eine zentrale Rolle bei der Förderung der Lebensqualität. Aufgrund dieser Nähe kennen die lokalen

Behörden die Bedürfnisse und die Erwartungen der Bevölkerung oft am besten und können deshalb am schnellsten auf neue Entwicklungen reagieren.

Sicherheit ist eines der wichtigsten Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem in urbanen Gebieten. Lokale Politikerinnen und Politiker, aber auch Institutionen und Organisationen sind jeden Tag aufs Neue gefordert, Antworten auf die sicherheitsspezifischen Anliegen der Bevölkerung zu finden. Die Veränderungen in den Quartieren und in der Bevölkerungszusammensetzung, aber auch die Probleme, die aus kriminellem Verhalten entstehen, verlangen eine kontinuierliche Adaption der politischen Konzepte und Massnahmen vor Ort.

Trotz geographischer, wirtschaftlicher und kultureller Unterschiede sind die einzelnen Städte oft mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Deshalb lohnt sich die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Behörden, ob auf nationaler oder auf europäischer Ebene, bei der Planung und Umsetzung von koordinierten Massnahmen.

EFUS wurde 1987 von und für Gemeinde- und Stadtpräsidentinnen und -präsidenten gegründet und hat drei Ziele: erstens will es eine ausgeglichene Vision von urbaner Sicherheit fördern, die Kriminalprävention, Sanktionen und sozialen Zusammenhalt miteinander verbindet; zweitens sollen die lokalen Behörden und Politikerinnen und Politiker bei der Konzeption, der Entwicklung und Evaluation von lokalen Sicherheitspolitiken unterstützt werden und drittens sollen die Anliegen der Städte und Regionen bei der Erarbeitung von nationalen oder europäischen Sicherheitsstrategien und -konzepten angemessen berücksichtigt werden.

EFUS fördert den Erfahrungs- und Wissensaustausch der rund 250 europäischen Mitgliedstädte. Dadurch wurde das EFUS im Lauf der Zeit zu einem der wichtigsten Akteure für urbane Sicherheit. Heute verfügt es über einen partizipativen Status beim Europarat sowie einen Konsultativstatus bei der Europäischen Kommission und den Vereinten Nationen. Darüber hinaus hält EFUS unter anderem den Sitz des regionalen Vizepräsidiums des «Global Network on Safer Cities» inne, das vom UN-Habitat, dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche

Siedlungen, geführt wird, und ist Partner des Weltparlaments der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (Global Parliament of Mayors).

Ein Exekutivkomitee bestehend aus 30 Städten ist das politische Entscheidungsgremium von EFUS. Es wird zurzeit von Guilherme Pinto, Bürgermeister von Matosinhos (Portugal), präsiert. Das Vizepräsidium von EFUS wird zwischen der Autonomen Provinz Katalonien (Spanien), Mailand (Italien), Rotterdam (Niederlande) und dem Landespräventionsrat des deutschen Bundeslandes Niedersachsen aufgeteilt. An der EFUS-Geschäftsstelle in Paris arbeiten rund 15 Personen aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlicher beruflicher Erfahrung.

Die Werte und Prinzipien der EFUS-Mitglieder basieren auf dem «Manifest der Städte: Sicherheit, Demokratie und Städte», das im Jahr 2013 verabschiedet wurde. Mit diesem Manifest bekräftigen die lokalen Verantwortlichen ihre Wahl der Kriminalprävention «... als eine rationale und strategische Wahl mit dem besten besten Kosten-Nutzen-Verhältnis ...». Die Prävention muss einen höheren Stellenwert erhalten damit «... zukünftige Generationen Sicherheit als Grundrecht und unersetzliches Element für die Lebensqualität in der Stadt garantiert werden kann ...».

Die EFUS-Mitglieder empfehlen zudem die verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als transversalen Aspekt der Sicherheitspolitik und fordern dabei auch die umfassende Beteiligung der Jugend «... die leider nur zu häufig stigmatisiert wird und Opfer von Gewalt ist ...» und weiter «... die Förderung der Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ...».¹

Seit der Gründung von EFUS wurden rund 30 Arbeitsthemen bestimmt, die sich nach den Bedürfnissen der Mitglieder richten. Sie widerspiegeln die Komplexität des Bereichs der Sicher-

heitsfragen. In den letzten fünf Jahren konzentrierte sich EFUS auf die folgenden Themengebiete: die Beziehung der Polizei zur Bevölkerung, Rückfallprävention, Planung und Einsatz von Personal und Material im Vorfeld und während grosser Veranstaltungen, Gruppengewalt, Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus sowie Sicherheitstechnologien.

EFUS lanciert und koordiniert sowohl Zusammenarbeitsprojekte als auch Arbeitsgruppen. All diese Aktivitäten haben zum Ziel, das Wissen der lokalen Akteure mittels Austausch zu erfolversprechenden Massnahmen und Praktiken zu verbessern und das Gespräch von Expertinnen und Experten mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren zu fördern. Sie ermöglichen die Entwicklung und den Einsatz von methodischen Vorgehensweisen wie Audits, Evaluationen und Durchführung von Pilotprojekten und stärken die lokalen Akteure durch die Etablierung von Partnerschaften.

Vor dem Hintergrund finanzieller Einschränkungen und konkreter Anforderungen in punkto Transparenz müssen Gemeinden und Regionen ihre Investitionen mehr denn je unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Kenntnisse und Fakten rationalisieren. EFUS fördert diesen strategischen Ansatz bei der urbanen Sicherheit. So wurde unlängst ein Handbuch publiziert, das politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger die Werkzeuge und das erforderliche Wissen in die Hand gibt, um eine klare Vorstellung von der örtlichen Sicherheitssituation zu bekommen und ihre Politik entsprechend zu planen.

Damit EFUS seine Mitglieder in ihrer Arbeit umfassend beraten und begleiten kann, steht ihr ein grosses Netz von Experten aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen zur Verfügung, so zum Beispiel von Universitäten, von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen

Die Autorin

Elizabeth Johnston

ist Generaldelegierte der EFUS. In dieser Funktion ist sie verantwortlich für die Strategie und – in Zusammenarbeit mit Exekutivkomitee – für die Entwicklung des Netzwerkes.



¹ *Manifeste d'Aubervilliers et Saint-Denis*, 2013, Paris: Forum européen pour la sécurité urbaine. <https://efus.eu/fr/resources/publications/efus/3779/>

Organisationen. EFUS hat mit einem Zusammenschluss von Universitäten unter anderem das «Europäische Zertifikat für urbane Sicherheitspolitik» entwickelt, das sich an lokale Verantwortliche wendet und in einem E-Learning-Verfahren erworben werden kann. In diesem Studiengang werden Themen wie Kriminologie, Politikwissenschaften, Recht, Geographie und Soziologie unterrichtet. EFUS bietet seinen Mitgliedern zudem Weiterbildungskurse an.

EFUS ist sich der weltweiten Herausforderungen im Bereich Sicherheit bewusst und konsolidiert, Jahr für Jahr, seine Aktivitäten und Kontakte auf internationaler Ebene, damit die Mitgliedstädte von den Erfahrungen in Europa und anderen Kontinenten profitieren können.

Die Attentate in Frankreich und Belgien 2015 und 2016 rückten den gewaltbereiten Extremismus ins Rampenlicht, ein Thema an dem EFUS seit 2014 arbeitet. Gewalttätiges Verhalten und Aktivitäten können das Resultat einer Radikalisierung sein, um die sich vor allem die Polizei und die Nachrichtendienste zu kümmern haben. Repressive Massnahmen sollten aber von Präventionsarbeit begleitet werden und das vor allem auf lokaler Ebene. Aus diesem Grund sind die lokalen Akteure von grosser Bedeutung. Sie können Präventionsansätze realisieren, aber auch gefährdete Individuen lokalisieren und diese und deren Familien begleiten. Im zweiten Semester 2016 und in 2017 wird EFUS insbesondere die Frage weiter bearbeiten, wie ein Gleichgewicht zwischen dem Kampf gegen Radikalisierung und dem Respekt der grundlegenden Freiheiten hergestellt werden kann. Die 6. Internationale EFUS-Konferenz vom 15.–17. November 2017 in Barcelona wird sich vornehmlich dieser Fragestellung annehmen.

European Forum for Urban Security (EFUS)
10 rue des Montibœufs, F-75020 Paris
Tel.: +33 1 40 64 49 00, contact@efus.eu
www.efus.eu

Leicht gekürzte Version des französischen Beitrags in der Ausgabe 3 | 2016.

Wichtig ist vor allem die Nähe zur Bevölkerung

Ein Interview mit Ralph Hurni, Präsident der SVSP



Als Jurist leitete Ralph Hurni von 1997 bis 2000 die damalige Gewerbepolizei der Stadtpolizei St. Gallen. Im Jahr 2001 übernahm er den Bereich «Sicherheit» und damit die Verantwortung für rund 130 uniformierte Polizeibeamte. Auf Juni 2013 wurde Ralph Hurni zum neuen Kommandanten gewählt und hat das Kommando der Stadtpolizei St. Gallen übernommen. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Herr Hurni, seit Frühjahr dieses Jahres sind Sie neuer Präsident der Schweizerischen Vereinigung der städtischen Polizeichefs (SVSP). Aus welchen Gründen haben sich die städtischen Polizeichefs in einem Verein organisiert und was ist das Ziel des Vereins?

Sicherheit und Ordnung ist in Schweizer Städten ein wichtiges Thema. Viele Stadtpolizeien haben gleiche oder ähnliche Herausforderungen zu bewältigen. Da liegt es auf der Hand, dass man sich austauscht, Erfahrungen weitergibt und wo immer möglich nach gemeinsamen Lösungen sucht. Zudem können wir die städtischen Anliegen besser vertreten, wenn wir mit einer gemeinsamen Haltung auftreten. Immerhin verfügen die Kommunkorps über rund ein Viertel der uniformierten Polizeikräfte in der Schweiz. Uns gut zu vernetzen und uns für unsere Anliegen insbesondere in Bezug auf urbane Sicherheit und Ordnung stark zu machen, um weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität in Schweizer Städten beizutragen, ist eine Hauptzielsetzung.

Welche Themen beschäftigen die SVSP und welche Projekte und Massnahmen plant sie bzw. welche werden zur Zeit umgesetzt?

Grundsätzlich beschäftigen uns mehrheitlich die gleichen Themen wie kantonale Polizeikorps, aber mit dem speziellen Fokus für Gemeinde oder Stadt. Die Sicherheit für die Bevölkerung sowohl im sicherheits- als auch verkehrspolizeilichen Bereich zählt zu den Grundbedürfnissen jedes bzw. jeder einzelnen Bürgers oder Bürgerin. Dabei ist für alle Polizeikorps klar, dass ein Teil der Probleme nicht nur lokal sind und somit nur gemeinsam gelöst werden können. Die Zusammenarbeit über die einzelnen Organisationen zu optimieren, wird aktuell diskutiert. Eine Herausforderung ist dabei die Zusammensetzung der Mitglieder, die von der Grösse eines Korps mit fünf Uniformierten bis zum grössten städtischen Korps, der Stadtpolizei Zürich, mit rund 1500 Polizisten und Polizistinnen reicht. Zusätzlich spielen speziell bei den kommunalen Korps die finanziellen Fragen eine wichtige Rolle, weil

deren Weiterbestehen auch davon abhängen kann, wie sich kürzlich in Olten zeigte. Die Polizeihöhe in der Schweiz liegt ja grundsätzlich bei den Kantonen, was für die kommunalen Korps die Herausforderung mit sich bringt, ihre Existenznotwendigkeit täglich unter Beweis zu stellen. Dabei helfen unsere ausgesprochene Bürgernähe und der Austausch mit anderen Mitgliedern des SVSP. So finden kommunale Korps immer wieder rasch adäquate Lösungen für auftretende Herausforderungen im urbanen Raum.

Welche Ziele haben Sie sich für Ihre Amtszeit gesetzt?

Ich habe mir drei Ziele gesetzt. Die starke Positionierung der kommunalen Polizei im Gesamtsystem «Polizei Schweiz» soll weiterentwickelt werden, d.h. für uns ist es wichtig, gut vernetzt zu sein, mitreden zu können und dabei insbesondere urbane Anliegen einzubringen und zu vertreten.

Die Funktion unserer Vereinigung in der Polizeilandschaft soll klar definiert und umgesetzt werden. Konkret geht es insbesondere um die Positionierung

gegenüber den Kantonen sowie intern um eine möglichst effiziente Organisation.

Die Mitgliedschaft bei der SVSP soll einen Mehrwert bieten, einerseits durch kurze Wege bei fachlichen Fragen und andererseits durch Anbieten oder Aufzeigen von gemeinsamen Lösungen.

Urbane Sicherheit umfasst ein sehr breites Themenfeld. Mit welchen Herausforderungen im Bereich Urbane Sicherheit sind Sie als Kommandant der Stadtpolizei St. Gallen konfrontiert?

Anders als früher ist in den Städten heute nicht etwa um Mitternacht Schluss, sondern es geht rund um die Uhr weiter. Verschiedene Seiten beanspruchen den öffentlichen Raum, gleichzeitig müssen wir die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner abdecken, die nicht «Rambazamba» rund um die Uhr wollen. Zudem ergibt der grosse Kultur- und Nationalitätenmix in Städten Chancen, aber auch Herausforderungen. Die Hauptaufgabe einer Stadtpolizei besteht heute – und wohl auch in Zukunft – in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die konkreten

Schwerpunkte gestalten sich je nach Stadtpolizei unterschiedlich, da nicht alle kommunalen Polizeikorps die gleichen Aufgaben übernehmen. In der Stadt St. Gallen konzentrieren wir uns insbesondere auf Präventions- und Aufklärungsarbeit, verkehrliche und gesellschaftliche Sicherheit. Gleichzeitig achten wir gezielt darauf, an Brennpunkten sichtbar zu sein. Zudem bewegen wir uns bewusst mit Fusspatrouillen, um den Kontakt zur Stadtbevölkerung zu bewahren, die uns dadurch schneller ansprechen oder notfalls direkt um Hilfe bitten kann. Mit sogenannten Runden Tischen suchen wir in speziellen Situationen gemeinsam mit Betroffenen nach Lösungen, beispielsweise für die Aussenveranstaltungen während der Ostschweizer Herbstmesse «OLMA».

Herr Hurni, wir danken Ihnen für das Gespräch und gratulieren nochmals herzlich zu Ihrer Wahl als Präsident des SVSP.

Das Interview führte **Wolfgang Wettstein**,
Redaktor SKP Info

Mehr Informationen zur SVSP unter:
www.svsp.info



Die Polizei nimmt ihre Aufgaben rund um die Uhr wahr.

Neues Informationsmaterial für die Bevölkerung: Postkartenserie zu ausgewählten Deliktbereichen

Aus den Themenbereichen des SKP-Sicherheitsratgebers hat die SKP-Fachkommission 10 Deliktbereiche aus-

gewählt. Auf jeder Postkarte findet sich auf der Vorderseite eine kurze Beschreibung der Art des Delikts und die entsprechenden Präventionstipps sind auf der Rückseite aufgeführt.

Weitere Informationen finden Sie unter: news.skppsc.ch

Raubüberfall
Grosser Gefahr für die Opfer, auch bei kleiner Beute für die Täter!
Ein Raubüberfall ist eine Gewalttat. Neben dem Verlust von Sachwerten droht dem Opfer Gefahr für Leib und Leben. Bei einem Raub erlangen die Täter meist einen Höhepunkt der Herausgabe von Geld und Wertgegenständen (Bühnen, Schmuck, Mobiltelefone) sowie oft die Erpressung, Drohungen und Justizgespräche, doch ebenso kleine Kasse und Passanten, bei denen nur eine relativ kleine Beute zu erwarten ist. Der Opfer einen Überblick wird, sollte keine Gegenwehr leisten, denn die Täter haben meist unter Stress und können auf unüberlegte Reaktionen des Opfers irrational und mit Gewalt reagieren.

Aufbruch von Fahrzeugen
Autos sind für Diebe wie Schaufenster... Deshalb: Keine Wertgegenstände lagern!
Es ist nicht schwer, ein Auto anzubrechen. Dabei schlagen oft einfach eine Scheibe ein und greifen zu. Deshalb sollten Sie Wertgegenstände wie Laptop, Mobiltelefone und Kameras nicht sichtbar im Fahrzeug lagern. Auch Heubehälter und Kleintiergehege sind für Diebe attraktiv, denn sie enthalten oft Bargeld oder Bank- und Kreditkarten. Schliessen Sie Ihr Fahrzeug also immer ab und nehmen Sie wenn möglich alle Wertgegenstände mit.

Internetkriminalität
Das Internet: unendliche Weiten - aber auch sehr gefährlich!
Das Internet bietet sicher unendliche Möglichkeiten: Man kann Kontakte pflegen und neue Bekanntschaften schliessen, Einkaufen tätigen und Reisen buchen, Informationen finden und Bankgeschäfte erledigen. Wer nicht aufpasst und alles glaubt, was im Internet behauptet wird, kann allerdings schnell zum Opfer werden - finanziell und persönlich. Mit gezieltem Missbrauch und ein paar technischen Hilfsmitteln lassen sich viele tolle Überwachungen vermeiden.

Velodiebstahl
Trafiken für Diebe? Zu Fuss zum Schwimmbad, mit dem Velo zurück!
Gelegenheit macht Diebe, besonders bei Welo, die schlecht oder gar nicht gesichert sind. Darum gibt Mögliche Sicherheitsvorrichtungen konsequent ansetzen. Schliessen Sie Ihr Welo immer mit einer massiven Kette, mit einem stabilen Riegelverschluss oder einem anderen robusten Schlosssystem ab. Und damit das Welo nicht einfach demontiert werden kann, sollten der Rahmen und beide Räder stets am fest verankerte Gegenstände angeschlossen werden.

Taschendiebstahl
Taschendiebe sind überall...!
...zumindest überall dort, wo viele Menschen zusammenkommen, z.B. in Einkaufszentren oder bei Grossveranstaltungen. Dabei sind sie meistens nicht alleine unterwegs, sondern arbeiten in Gruppen, und das durchaus kreativ: Während die einen aus der Gruppe das Opfer ablenken, z.B. mit Aktenmappe und Diktiergerät, oder auch mit schmeichlerischem Nach-dem-Weg-Fragen oder verwunderlichem Kaffee-Nachschicken, mit der hilflichen Frage nach Wechselgeld oder unglücklichem Wertscheitern von Süßigkeiten, blickt die andere dann dem eigentlichen Taschendieb zu.

Trickdiebe an der Haustüre
Wenn der Trickdieb klingelt - sollten bei Ihnen die Alarmlampen läuten!
Trickdiebe sind sehr raffiniert. Sie missbrauchen oft erlaubten Besuchern die Gastgeberrolle und Hilfebereitschaft ihrer - zumal älteren - Opfer, um sich Zutritt zur Wohnung zu verschaffen und dort einen Diebstahl zu begehen. Sie behaupten sie z.B. in einer akuten Notlage (Krank, Beerdigung, gesundheitliche Probleme) zu sein. Manche treten als Mandatarinnen, als Handwerker der Hausreparatur oder sogar als Angehörige einer Behörde mit offiziellem Ausweis auf. Und wieder andere täuschen eine persönliche Beziehung vor (ich bin der beste Freund Ihres Onkels etc.).

Einbruch
Schieben Sie Einbrechern den Riegel vor!
Viele Einbrüche passieren nur deshalb, weil die Bewohner nicht mit einem Einbruch rechnen und sich deshalb leichtfertig verhalten. Sie denken vor z.B. nicht daran, die Fenster zu verschliessen oder lassen die Balkenfenster überfallen, wenn sie in den Ferien sind - eine Einladung für Einbrecher. Die meisten Einbrüche mit erheblichen Habakosten werden durch "Ketten" bestimmter Zusatzschlösser an Türen und Fenstern aber bereits wirksam verhindert werden. Aber auch andere technische und organisatorische Massnahmen verringern das Einbruchrisiko.

Zivilcourage
Demokratische Werte verteidigen, Verantwortung übernehmen, sich einmischen!
Zivilcourage steht für den Mut, jeden Bürger und jeden Bürgerin, sich dort einzumischen, wo die zentralen Werte und Rechte unserer Gemeinschaften in Gefahr geraten, wie z.B. das Recht auf Freiheit, das Recht auf Gleichheit oder das Recht auf körperliche Unverletzlichkeit. Kein Mensch darf wegen seines Geschlechts, seiner Aussehen, seiner Hautfarbe, seiner sexuellen Orientierung, seiner politischen, religiösen oder sonstigen Meinungen und Überzeugungen benachteiligt werden! Doch Zivilcourage braucht Begeisterung, damit aus Halbesinnen und Helten nicht Opfer werden.

Betrug
Sie haben gewonnen! Nämlich die Erkenntnis, dass Sie leichtsinnig macht.
Betrug hat viele Gesichter: Per Post und per E-Mail werden z.B. Bewirtschaftungen über angebliche Lotterieveranstaltungen, meist hohe Summen und ohne dass man irgendein Mitspracherecht hat. Man zahlt noch nach eine kleine Überzahlunggebühr und erhält dann - nichts. Oder selbstbestimmte Finanzdienstleistungen angebotenen Transparenz ohne Risiko - und verschwinden mit Ihrem Geld auf Nummerndauer. Oder ein angeblich in Not geratener Prinz aus fernem Landem ersucht sich um Ihre Mühsal und dann Ihre Spende - die natürlich niemals an dem Bestätigten zurück kommt.

Vandalismus
Auch Sachbeschädigung trifft letztlich immer Menschen!
Wie Vandalismus bezeichnet man eine blinde Zerstörungswut oder Zerstörungstriebe, die sich zumeist in Sachbeschädigung kleinerer Gebäudeflächen an Hausfassaden, aufgeschichtete Sitzbänke im Tram, abgeworfene Müllsäcke, unangehörige Posten, schaden. Die Ursachen für Vandalismus können unterschiedlich sein, im Ernst entstehen aber immer Kosten für Versicherungen und Steuerzahler.

Internationaler ASPI-Kongress



Missbräuche an Kindern und Jugendlichen betreffen uns alle. Wie kann man Misshandlungen vorbeugen und das Kindeswohl fördern?

2016 feiert die Stiftung *Fondazione della Svizzera italiana per l'Aiuto, il Sostegno e la Protezione dell'Infanzia* (ASPI) ihr 25-Jahr-Jubiläum und organisiert deshalb ihren zweiten internationalen Kongress zum Thema «Prävention des Kindermisbrauchs». Die Konferenzbeiträge richten sich an Fachpersonen in Erziehung, Bildung und Psychologie sowie weitere Interessierte.

Mittwoch bis Freitag, 26. bis 28. Oktober 2016
Palazzo dei Congressi, Lugano

Mehr Informationen zur ASPI, dem Kongress und den Teilnahmegebühren finden Sie unter: www.aspi.ch → 25 anni! (auf Bild klicken) → Deutsch

Informationen zum Palazzo dei Congressi unter: www.luganoconventions.com



Schweizerische Kriminalprävention
Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3000 Bern 7

www.skppsc.ch

Herausgeberin und Bezugsquelle
Schweizerische Kriminalprävention SKP
info@skppsc.ch, Tel. +41 31 320 29 50

Verantwortlich Martin Boess, Geschäftsleiter SKP
Redaktor Wolfgang Wettstein, SKP
Übersetzungen F ADC, Martigny
I Annie Schirrmeister, Massagno
Layout Weber & Partner, Bern
Druck Vetter Druck AG, Thun
Auflage D: 1350 Ex. | F: 300 Ex. | I: 100 Ex.
Erscheinungsdatum Ausgabe 3 | 2016, August 2016

© Schweizerische Kriminalprävention SKP, Bern

Das SKP Info 3 | 2016 ist als PDF-Datei zu finden unter: www.skppsc.ch/skpinfo. Es erscheint auch in französischer und italienischer Sprache.

